

16. November 2025 (Volkstrauertag): Sind die Deutschen wieder Kriegsbereit? Wie der „Mentalitätswandel“ vorangetrieben wird

Pazifismus war gestern – Militarismus ist heute

Sind die Deutschen wieder Kriegsbereit?

Wie der „Mentalitätswandel“ vorangetrieben wird



*Foto: Deutsche Soldaten in der Militärparade 2009
(© Creative-Commons-Lizenz: w?odi from Szczecin, Poland)*

*"Deutschlands ganze Tugend und Schönheit
entfaltet sich erst im Kriege."
(Thomas Mann, 1914)*

*„Krieg ist die brutalste Form der Inhumanität
und die dümmste Form, Konflikte zu lösen“
(Ilja Trojanow, 2025)*

„Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit“: Es ist nachweislich eine Propaganda-Lüge, dass die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands erst als Reaktion infolge des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges von Putin auf die Ukraine politisch angestrebt wird. Diese Behauptung dient als Vorwand für die in Wahrheit schon viel längerfristig geplante Aufrüstung und militärische Mobilmachung in Deutschland sowie bei der EU und der NATO, wie hier dokumentiert. Die militärische „Zeitenwende“ hat einen langen Vorlauf nach vorbereitenden Drehbüchern seit der Jahrtausendwende, an der auch die Rüstungslobby mitgeschrieben hat, wie die Fakten belegen.

Denn schon zwei Jahrzehnte vor Kriegsbeginn in der Ukraine im Februar 2022 und schon lange vor dem entbrannten russisch-ukrainischen Regionalkonflikt um den Donbass und die Krim ab 2014, gab es bereits die vorbereitende Rüstungs- und militärpolitische Umorientierung der deutschen und europäischen Geopolitik aus machtpolitischen Eigeninteressen. Die neue deutsche Außenpolitik mit einem grundlegenden

militärpolitischen Kurswechsel setzte also schon weit vor dem Kriegsjahr 2022 und teils vor 2014 ein, mit befeuert von der EU, die Deutschland hierbei in eine militärische Führungsrolle drängt und Europa unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf eine Art „Kriegswirtschaft“ vorbereiten will.

„Wir sind noch nicht im Krieg“, aber kurz davor oder eigentlich mittendrin?

In der Ukraine-Krise bezieht Deutschland somit von Anfang an Position als führender Akteur der ganzen EU und bemüht sich um eine einheitliche Haltung gegen Russland: Deutschland sei als „militärische Führungsmacht in Europa“ gefordert, denn „die Verbündeten erwarten es und die Öffentlichkeit muss vorbereitet werden“, so die Verlautbarungen. Daran beteiligen sich sogar die Bischöfe der evangelischen Kirche mit ihrer neuen (regierungstreuen) Positionierung zur Aufrüstungspolitik in einer von der Friedensbewegung kritisierten Denkschrift von November 2025, bis hin zum Bekenntnis sogar zu Nuklearwaffen.

Laut Verteidigungsminister Pistorius (SPD) sind wir zwar „noch nicht im Krieg mit Russland, aber auch nicht mehr im kompletten Frieden“. Zumindest der hybride Krieg sei in vollem Gange, Und die ungeklärten Drohnenflüge haben bereits zu Konsultationen gemäß Artikel 4 des NATO-Vertrages wegen schwerer Luftraumverletzungen geführt. Im November 2025 hat umgekehrt der Kreml „die NATO als im Krieg mit Russland“ bezeichnet, so dass sich die NATO und Russland einem direkten Konflikt nähern. In den Medien erscheint ein Angriff Russlands nicht mehr als eine „Ob“-Frage, sondern nur noch als eine „Wann“-Frage.

Ist Russland willens und in der Lage, NATO-Territorium anzugreifen?

Russland könnte bis spätestens 2029 bzw. bereits schon früher in 2028 in der Lage sein, NATO-Territorium anzugreifen, warnten Pistorius und der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer bereits in 2024. Sie beriefen sich auf eine „Bedrohungsanalyse“ und auf nicht näher benannte „Geheimdienstinformationen“. Bundeswehrgeneral Sollfrank sah sogar Russland schon jetzt in der Lage, die NATO sofort anzugreifen, wie er 2025 in einem Interview kundtat. Bei weiterer Aufrüstung sei bis 2029 sogar ein Großangriff auf Europa durch Russland denkbar.

Indirekt ist Deutschland mit seiner Beteiligung an der „Materialschlacht“ bei Rüstungsgütern für die Ukraine längst an der Schwelle zur Kriegspartei und trägt damit zur Eskalation statt zur Deeskalation bei. Der größte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall muss aktuell Aufträge von 64 Mrd. € abarbeiten, so dass deren Chef Papperger im November 2025 jubelte: „Wir werden globaler Rüstungs-Champion!“ Rheinmetall macht Geschäfte mit der Angst vor dem Krieg. Und die deutsche Regierung setzt ausschließlich auf die militärische Karte, denn ernsthafte diplomatische Bemühungen sind nicht mehr erkennbar.

„Dabei ist das Argument für die Aufrüstung, nämlich das Russland vorhabe, NATO-Länder anzugreifen, vollkommen unglaublich. Selbst die US-Geheimdienste sagen unisono in ihrem jährlichen Bericht, dass Russland keinerlei Interesse daran hat. Es wäre ja auch Selbstmord angesichts der erdrückenden Übermacht der NATO. Und wie sollte, selbst wenn die russische Führung suizid veranlagt wäre, eine russische Armee, die seit Jahren größte Mühe hat, einzelne ostukrainische Dörfer zu erobern, plötzlich Warschau, Berlin und Paris überrollen?“ So lautet

die nachvollziehbare Einschätzung des preisgekrönten Journalisten und Buchautors Fabian Scheidler (auf die nachfolgend noch weiter eingegangen wird). Er fragt: Ist der Politik der gesunde Menschenverstand abhandengekommen und hat sie Maß und Ziel verloren sowie Logik verlernt?

"Zeitenwende": Neue deutsche Außen- und Militärpolitik

Schon die damalige große Koalition (GroKO) mit Ursula von der Leyen (CDU) als Bundesverteidigungsministerin und Frank-Walter Steinmeier (SPD) als Außenminister kündigte bereits im März **2014** unter Kanzlerin Merkel „eine neue deutsche Außenpolitik mit verstärkten Militäreinsätzen in aller Welt“ an, obwohl laut Umfragen 61% der Bevölkerung dagegen sind. Die deutsche Friedensgesellschaft kritisierte die im Koalitionsvertrag enthaltene massive Aufrüstung und Militarisierung. Friedensbewegte wie Margot Kässmann kritisierten die neue deutsche Außenpolitik auch deshalb, weil damit das deutsche Militär zwischen Konfliktparteien in Bürgerkriegen geraten könnte. Während der letzten GroKo waren die Exporte von deutschen Kleinwaffen in Krisenregionen um 47% gestiegen. Schon zu GroKo-Zeiten wurde der „Globalisierungsrausch“, der unsere Gesellschaft bis heute gespalten hat, durch einen beginnenden „Militarisierungsrausch“ abgelöst, der auch die EU erfasst hatte.

Mit der „Zeitenwende“-Rede des späteren Ampel-Kanzlers Olaf Scholz am 27. Februar **2022** wurde die Zäsur in der deutschen Außenpolitik mit der Einrichtung eines 100 Mrd. € Sondervermögens für Militär und Rüstung konkret sichtbar und von den drei Ampel-Parteien und der CDU-Opposition im Bundestag mit Standing Ovations bejubelt. Jährlich sollte mehr als 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstung und Militär ausgegeben werden, schwerpunktmäßig für Eurodrohnen, bewaffnete Heron-Drohnen aus Israel, für die Beschaffung des Kampfflugzeuges F-35 sowie zur Befähigung des Eurofighters zur elektronischen Kampfführung - geradewegs so, als habe die Rüstungslobby hier das Drehbuch geschrieben. Die Bundesregierung plant laut Medienberichten in den kommenden Jahren fast 380 Mrd. € für Rüstung und Militär auszugeben. Dabei führt die weltweite aktuelle Aufrüstungspolitik mit einem Rekordwert von über 2,7 Bio. US-Dollar die Menschheit in eine Sackgasse und hat nicht weniger, sondern mehr Kriege bewirkt.

Inzwischen gilt der EU-Beschluss, dass bis 2035 alle Mitgliedsstaaten sogar 3,5% des BIP für Rüstungsgüter und Soldaten auszugeben haben plus weitere 1,5% für militärische Infrastruktur, also insgesamt 5%. Die Behauptung eines „sträflich unterfinanzierten Militärs“ hat aber auch vorher schon nicht gestimmt. In der NATO soll und will Deutschland obendrein das zweitgrößte „Fähigkeitspaket“ innerhalb der Allianz übernehmen, weil die USA ihr Kontingent verringern will. Deutschland als zukünftige militärische Supermacht in der EU?

„Fahrplan für den Krieg“ im Modus der „Kriegswirtschaft“

Im Oktober 2025 präsentierten auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die EU-Außenbeauftragte, flankierend zur deutschen „Zeitenwende“, eine Art „Fahrplan für den Krieg“ als „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“, mit gleichzeitiger Aufnahme in das Weißbuch zur europäischen Verteidigung (und mit Einsatz von zunächst zweimal 500 Millionen Euro zur Anschubfinanzierung). „Unsere Industrie muss jetzt in den Modus der Kriegswirtschaft

wechseln“, verkündete zuvor der ausgeschiedene EU-Binnenkommissar Thierry Breton. Er hatte schon im März 2024 zusammen mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell eine Strategie für die EU-Rüstungsindustrie vorgestellt, um die Rüstungsproduktion massiv anzukurbeln. Die Rede war vom „Wechsel von der Friedensdividende zur Kriegswirtschaft“. Dazu gehört aktuell auch der Vorrang von Militärtransporten auf Europas Straßen und Schienen vor dem zivilen Verkehr.

Damit gab sich die EU-Kommission in ihrer Rüstungsindustrie-Strategie selbst eine zentrale Rolle, die ihr gegenüber den EU-Staaten nicht zustand. Diese Ambitionen der EU und ihrer deutschen Kommissionspräsidentin waren im Grundsatz schon viele Jahre vor dem Ukraine-Konflikt entwickelt und verkündet worden, wie mehrere Reden der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin von der Leyen auf den Münchener Sicherheitskonferenzen und vor dem EU-Parlament belegen, wobei sie Deutschland eine besondere Führungsrolle zugedacht hat, wie hier an anderer Stelle noch weiter dokumentiert. Die Drehbücher dazu wurden bereits in **2004** und in den nachfolgenden Jahren von ein bis zwei Jahrzehnten von Lobbyorganisationen geschrieben, wie hier später noch weiter nachzulesen – wahrlich keine „Verschwörungstheorien“.

NATO-Militärmanöver 2020 entlang der russischen Grenze

Zwei Jahre vor dem Beginn des Ukraine-Krieges plante die NATO im Februar 2020 mit „Defender-Europe **2020**“ das größte Militärmanöver seit 25 Jahren an der russischen Grenze mit 38.000 Soldaten aus 19 Nationen und 6.000 eingeflogenen Soldaten aus den USA. Trainiert werden sollte auch ein blitzschneller Truppentransport auf der Route von Deutschland bis ins Grenzgebiet zu Russland als reale Kriegssübung. Die NATO-Staaten machen auf diese Weise sowie mit ihren Waffenlieferungen an die Ukraine und Waffenausbildungen der ukrainischen Soldaten, ferner mit Geheimdienstinformationen den 2022 von Russland begonnenen Ukraine-Krieg zu ihrem eigenen Krieg, auch wenn sie selbst keine Kampftruppen in die Ukraine entsenden.

In Polen, im Baltikum und in Georgien sollen die NATO-Verbündeten, die in konventionellen Militärkapazitäten Russland um ein Vielfaches überlegen sind, in parallelen Manövern den bewaffneten Kampf gegen Russland an der Ostflanke üben. Dabei hatte die Nato in der „NATO-Russland-Grundakte“ aus dem Jahr 1997 Russland die Zusage gegeben, sich im Grenzgebiet zurückzuhalten, statt Russland zu provozieren. Allein wegen der Corona-Pandemie COVID-19 musste die Großübung „Defender Europe 2020“ vorzeitig abgebrochen werden. US-Soldaten kehrten zurück und nationale Übungen wurden gestoppt.

Verstärkte NATO-Präsenz an der Ostflanke

Jedoch sollte das Manöver im Grenzgebiet kein einmaliges Großereignis der NATO bleiben. Inzwischen hat die NATO ihre Präsenz an der Ostflanke massiv verstärkt. Allein Polen entsendet 40.000 Soldaten an seine Ostgrenze. Deutschland stationiert Bundeswehr-Soldaten dauerhaft in Litauen: Bis Ende 2027 wird eine Panzerbrigade 45 mit rund 4.800 Soldaten und 200 zivilen Mitarbeitern aufgebaut, „um die NATO-Ostflanke zu stärken“.

In 2025 beendete die Bundeswehr erfolgreich ihre Übungsserie zum Schutz der Ostflanke der

„NATO North Atlantic Treaty Organization“. Rund 8.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr übten zusammen mit Kräften aus 13 Nationen die Bündnisverteidigung. Im Oktober 2025 ging das diesjährige Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“ von 14 NATO-Staaten mit deutscher Beteiligung zu Ende. Es exerzierte einen etwaigen Angriff mit in Europa gelagerten US-Kernwaffen durch, bei dem auch Jets der deutschen Luftwaffe zum Einsatz kämen. Aktuell läuft die Debatte über einen von den USA unabhängigen europäischen Nuklearschirm.

Weltkriegsgefahr: Vorbereitungen für den großen Krieg?

So genannte „Militärexperten“ sekundierten nach entsprechenden Andeutungen des russischen Außenministers: „Wir müssen die Möglichkeit eines Dritten Weltkrieges denken“. Von der US-Denkfabrik „Atlantic Council“ erwarten 45% der Militärexperten einen Krieg zwischen Russland und der NATO. „Die Ukraine muss die Russen besiegen“, so hieß es deshalb 2022 zu Kriegsbeginn von deutschen Politikern. Dabei gibt es in einem Krieg keine Gewinner und Verlierer, sondern stets Verlierer und Verluste auf beiden Seiten.

Doch **2023** sprach Außenministerin Baerbock sogar davon: „Wir befinden uns im Krieg mit Russland“ und „wir wollen Russland ruinieren“ durch die Sanktionen, ruderte aber dann mit ihren Aussagen zurück. In anderem Zusammenhang beklagte sie die "Kriegsmüdigkeit" in Deutschland. In **2024** waren bei der ukrainischen Offensive im westrussischen Kursk bereits deutsche Marder-Schützenpanzer gegen die Russen auf russischem Territorium im Einsatz und Russland warnte die NATO-Staaten und insbesondere Deutschland vor direkter militärischer Unterstützung an der Front. Angesichts der deutschen Geschichte ist die Selbstverständlichkeit, mit der heute in Deutschland mit dem Feindbild Russland von „Kriegstüchtigkeit“ gesprochen wird, absolut erschreckend.

Im März **2022**, nach den gescheiterten Vermittlungsversuch der türkischen Regierung für Friedensverhandlungen zwischen dem russischen und ukrainischen Außenminister, wurde der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu mit den Worten zitiert: „Ich hatte den Eindruck, dass es innerhalb der NATO-Mitgliedsstaaten Kräfte gibt, die eine Fortsetzung des Krieges wollten – damit der Krieg weitergeht und Russland schwächer wird. Die Lage in der Ukraine ist ihnen ziemlich egal.“

Stationierung von Marschflugkörpern mit Reichweite bis zum Ural

Im Juli **2024** hatte „Zeitenwende-Kanzler“ Olaf Scholz im Alleingang ohne Parlamentsbeteiligung die schon lange vorbereitete Stationierung von US-amerikanischen Marschflugkörpern „Tomahawks“ mit großer Reichweite bis hinter den Ural und mit Eignung für Atomsprengköpfe mit den USA vereinbart, wegen der angeblichen Bedrohung aus Russland. Die Stationierung soll **ab 2026** beginnen.

Die deutsche Friedensgesellschaft kritisiert die im aktuellen Koalitionsvertrag der Regierung Merz/Klingbeil enthaltene massive Aufrüstung und Militarisierung. Frieden schaffen mit immer mehr Waffen, um zuvor den Angreifer Russland militärisch zu besiegen oder „abzuschrecken“, der angeblich innerhalb der nächsten 3 bis 4 Jahre einen Angriff auf Osteuropa und Deutschland

plant? Es wäre der erste Angriff Russlands auf Deutschland, aber der dritte im umgekehrten Fall, daran sei nochmal erinnert.

Setzt Deutschland auf Konfrontation statt Entspannung?

„Wegen der bröckelnden westlichen Dominanz soll durch die beispiellose Aufrüstung davon abgelenkt werden, dass die Politik eigentlich am Ende ist und keine Antworten mehr hat auf die drängenden Probleme unserer Zeit“, sagte Fabian Scheidler in einem Interview (*Buchautor: „Friedenstüchtig. Wie wir aufhören können, unsere Feinde selbst zu schaffen“*).

Nach Beendigung des „Kalten Krieges“ durch Entspannungspolitik zu Zeiten von Willy Brandt hat insbesondere die SPD unter „Zeitenwende“-Kanzler Scholz und dem jetzigen Vizekanzler Klingbeil die russische Invasion zum Anlass genommen, die friedenspolitische Tradition zu entsorgen und ausschließlich auf Konfrontation zusetzen. Die NATO-Osterweiterung war nach Auffassung von Scheidler bereits die Vorbereitung der „Zeitenwende“ und der Weg in neue Blockkonfrontation sowie Gesprächsverweigerung mit Moskau.

„Deutschland muss sich an den Gedanken eines Krieges in Europa gewöhnen“

Im eigenen Land scheint allerdings die nachrichtendienstlich untermauerte Spekulation über den angeblich bevorstehenden Kriegsbeginn weithin unpopulär zu sein, anders als der populäre Verteidigungsminister selber, der in Umfragen Spitzenwerte der Beliebtheit bei Deutschen erreicht. Und das trotz seiner Aussage: „Deutschland müsse sich an den Gedanken eines Krieges in Europa gewöhnen.“ (Deshalb erreicht ein „Kriegsminister“ bei den Deutschen höchste Beliebtheitswerte?). Soll die langjährige Friedenssehnsucht der Deutschen durch erneute Kriegssehnsucht abgelöst werden, um von den inneren Sozialkonflikten abzulenken und den Widerstand gegen Sozialkürzungen zugunsten militärischer Investitionen zu brechen?

Die von Pistorius erstrebte „Kriegstüchtigkeit“ erfordere deshalb eine von ihm angemahnte „Neuausrichtung der deutschen Mentalität“ - damit auch die Pazifisten das Militärische lieben lernen? So fordern es vor allem seine ständigen Berater von der DGAP („Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ als Rüstungslobby-Organisation). Denn „ohne Feindbilder und Leidenschaften bei den Menschen gelingt keine Kriegsführung“, wusste schon der Psychoanalytiker Erich Fromm.

Da laut Umfragen das Vertrauen in Parteien und Regierungen im Inneren derzeit extrem gering ist, scheint es den deutschen Politikern sehr nützlich zu sein, „auf einen äußeren Feind zu setzen, wie z.B. Putin als dämonische Kraft, die die Grundfeste unserer Zivilisation bedroht und mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. (...) Dadurch werden Abwägungsprozesse und differenzierendes Denken ausgeschaltet, die Welt zerfällt in Schwarz und Weiß, Gut und Böse“, schreibt der bereits zitierte Fabian Scheidler in seinem aktuellen Buch über die Feindbilder.

Einseitige Beeinflussung der öffentlichen Meinung - Militarisierung wie im Kaiserreich?

Die öffentlich-rechtlichen Medien helfen dabei mit, die mentale Bereitschaft für einen möglichen Krieg zu stärken, auch mit einseitigen Talkshows voller Bellezisten, oder auch mit Sendetiteln wie: „Immer mehr Menschen wollen Reservisten werden“. Wir erleben in

Deutschland nun wieder „eine Militarisierung, die in mancher Beziehung an das Kaiserreich vor dem ersten Weltkrieg erinnert“, bemerkt Buchautor Fabian Scheidler. Der Satz „Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit“ stammt ursprünglich vom US-amerikanischen Politiker Hiram Johnson. Er wird häufig verwendet, um zu beschreiben, dass im Krieg Propaganda und Lügen oft dazu dienen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, während die Wahrheit in den Hintergrund tritt, wie sie hier aufgespürt werden soll.

Zur Wahrheit gehört auch, dass vorgesehene 5% des Bruttoinlandproduktes als Ausgabe für das Militär etwa 50% des Bundeshaushaltes bedeuten - beim Kaiserreich waren es 60%. Das tat der Kriegsbegeisterung im August **1914** und der Siegesgewissheit keinen Abbruch. Heute muss noch am Patriotismus der wehrpflichtigen Jugendlichen gearbeitet werden, die der 45-jährige CDU-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn zum „Dienst am Vaterland“ aufruft - obwohl er selber ausgemustert wurde und weder Wehrdienst noch Wehersatzdienst leistete. Er wäre allerdings noch jung genug, um sich nun freiwillig zu melden und mit „gutem Beispiel“ voranzugehen, so möchte man ihm empfehlen.

„In 5 Jahren muss die ganze Gesellschaft kriegstüchtig sein“

Es kursieren bereits diverse Termine für die „kurzfristig bevorstehenden militärischen Konflikte“ mit Russland. Mancher Militärstrategie kann es kaum noch erwarten – wann geht es los? „Bisher lag die Reife der Deutschen darin, dass es in Deutschland 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs keine Stimmung gab, wieder in den Krieg zu ziehen“ (Margot Kässmann).

Diese Stimmung soll sich durch den politisch angestrebten und forcierten „Mentalitätswechsel“ in der Bevölkerung ändern – mit gewissem Erfolg, wie die sich verändernden Umfrage-Ergebnisse und die Debatten um die Wiedereinführung des Wehrdienstes zeigen. Der Generalinspekteur Carsten Breuer insistierte: Nicht nur die Bundeswehr, auch die deutsche Gesellschaft müsse in fünf Jahren kriegstüchtig sein. Dort gehen aber die Meinungen weit auseinander. Deshalb sei es vor dem Hintergrund der Kriegsszenarien und der Militarisierung mitsamt Rüstungsexporten „noch ein anstrengender Weg, die Ängste und Sorgen der Menschen abzubauen“, so heißt es im Magazin „politik & kommunikation“.

Meinungsumfragen mit widersprüchlichen Antworten

Auf die Frage, ob Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefern solle, antworteten **2025** laut Statista 51% mit nein und nur 38% mit ja. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt *Ipsos* im Januar 2025, wonach fast die Hälfte der Deutschen gegen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine sind. Nach einer *Insa*-Umfrage von Februar 2025 sprachen sich ebenfalls die Hälfte der Befragten dafür aus, die Ukraine weder mit Waffen noch mit Geld zu unterstützen. 55% wollen auch keinen EU-Beitritt der korrupten Ukraine. In Umfragen von August 2025 lehnten 51% der Deutschen den Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine „zur Friedenssicherung“ ab, nur 36% waren dafür. Das sind sicherlich noch keine überzeugenden Belege für die politisch angestrebte „Kriegstüchtigkeit der Bevölkerung“.

Anderes zeigt die Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom Februar 2025, wonach 67% der Bevölkerung hinter Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine steht und sogar 27% mehr Unterstützung für Kiew befürworteten. Auch aktuelle Fragen vom Oktober und

November 2025 zur Wehrpflicht gehen weit auseinander: Laut Forsa sind 54% für die Wiedereinführung der Wehrpflicht und 41% dagegen. Die betroffenen jungen Menschen lehnen dagegen eine Wehrpflicht mehrheitlich ab; nur 16% würden kämpfen. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben wird laut Forsa von 67% der Bevölkerung befürwortet und nur von 30% als falsche Entwicklung abgelehnt. Das wird die Rüstungsindustrie mit ihren explodierenden Börsenkursen freuen, deren Aktien inzwischen als „nachhaltige Kapitalanlage“ anerkannt werden (und deshalb sicherlich auch viele Politiker sich vor deren Erwerb nicht scheuen?).

Angestrebter „Mentalitätswandel“ in der Bevölkerung erreicht

Wen interessiert es noch, dass Umfragen zufolge sich zu Beginn des Ukraine-Krieges noch über 70% der Deutschen gegen eine weitere Aufrüstung und Erhöhung des Verteidigungsetats aussprachen? Erschreckend war deshalb das Schweigen der Zivilgesellschaft und der kaum noch existenten Friedensbewegung zur politisch propagierten Militarisierung. Doch inzwischen laufen alle Propagandakanäle auch in den Medien, um einen „Mentalitätswandel“ in der Bevölkerung zu erreichen, offenbar mit Erfolg. Das „Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften“ der Bundeswehr sieht Deutschland in einer „militärischen Führungsrolle“ und hat in seiner jährlichen Bevölkerungsbefragung ermittelt, dass sich nunmehr in 2025 die Bürgerinnen und Bürger zu 64% für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zu 65% für einen „personellen Aufwuchs der Bundeswehr“ aussprechen.

Damit hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre Selbstbindung aus dem „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ vom 30. August **1990** aufgegeben. Darin hatte sie sich verpflichtet, die Streitkräfte des vereinten Deutschlands „auf eine Personalstärke von 370.000 Mann zu reduzieren“. Damit wollte das vereinigte Deutschland die Angst seiner Nachbarn vor einem wiedererstarkenden deutschen Militarismus dämpfen, den es jedoch jetzt wieder befördert.

Große Akzeptanz für die Militarisierung der Gesellschaft

Schon während der Regierungsära Merkel mit den (ungedienten) Verteidigungsministerinnen Ursula von der Leyen, Annegret Kramp-Karrenbauer und Christine Lambrecht sowie während der Ampel-Regierung mit Verteidigungsminister Pistorius wurde die Militarisierung der Gesellschaft energisch und gezielt vorangetrieben: Plötzlich hieß es wieder, wir brauchen öffentliche Gelöbnisse von Rekruten im Fackelschein, Marschmusik und Zapfenstreich, Militärparaden, bessere Uniformen und Orden für unsere Soldaten, sichtbare Kasernenhöfe sowie einen Veteranentag für unsere Kriegserprobten und vorzeigbare Kampfgeräte in den Medien. Und wir brauchen Zivilschutz der Bevölkerung mitsamt Bunkern etc.

Es begann zugleich die Ächtung des Pazifismus, der Ruf nach einer Wehrpflicht für alle, die militärische Werbung durch die Bundeswehr in Schulen und Kindergärten auch bei Minderjährigen und die Bereitschaft, wieder fürs Vaterland zu sterben durch stolze Rückbesinnung auf unser Soldatentum in den beiden zurückliegenden Weltkriegen, mit geschönten Bildern vom Militär - und mit Versprechungen für Kostenübernahme von Führerschein für Freiwillige.

Aufrüstung bedarf klarer Feindbilder zur Begründung und Akzeptanz der Kriegsgreuel

Dazu bedurfte es klarer Feindbilder (wie böse Russen und Chinesen) sowie militärische Präsenz unserer Soldaten auf dem Globus und in den Weltmeeren mit eigenen Fregatten. Und dazu bedurfte es massiver Aufrüstung mit Waffen, Waffen und nochmals Waffen, koste es, was es wolle. Mittlerweile ist die Akzeptanz für diese massive und alltägliche Militarisierung von Politik und Gesellschaft erreicht, mit gewissem Gewöhnungseffekt und mit täglicher Unterstützung durch die Medien.

Die Grauen des Krieges und die verstümmelten Kriegsoffer werden kaum gezeigt. Immerhin werden mehrere Tausend amputierte ukrainische Soldaten mit schwersten Verletzungen und Traumatisierungen in deutschen Kliniken behandelt und mit Prothesen versorgt. Solche Bilder sind schwer erträglich und werfen die Frage auf, ob sich solche Opfer sowie Hunderttausende Tote auf beiden Seiten lohnen wegen des Festhaltens an kleinen Territorien, die seit 2014 umkämpft sind? Doch Deutschland will der Ukraine zum Sieg verhelfen, ohne strategisch zu definieren, was damit gemeint ist und wie es danach weitergehen soll?

Schleifung der Zivilklausel: Auch die Hochschulen rüsten auf

Die „Zeitenwende“ hat neben den Schulen auch die Hörsäle der Hochschulen erreicht, die vermehrt an militärisch nutzbaren Technologien forscht. Die Forschung mit militärischer Zielsetzung war bislang für unsere Hochschulen mit ihren Ethik-Richtlinien und Zivilklauseln absolutes Tabu und teilweise auch gesetzlich im Landeshochschulgesetzen z.B. von NRW ausgeschlossen. Damit sollte sichergestellt werden, dass Forschung und Lehre ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen sollten. Nunmehr ist für die Hochschulen eine neue Rolle für die militärische Ausrichtung ihrer Forschung insbesondere im Technologie-Bereich zugeordnet. Lehrstühle und Professuren für militärische Themenstellungen werden eingerichtet oder umgewidmet. Und die Friedens- und Konfliktforschung wird schwerpunktmäßig auf Sicherheit- und Verteidigungspolitik umorientiert. Die zuständigen Bundesländer versuchen derzeit, klassische Rüstungsindustrie und Start-ups mit akademischer Forschung zusammenzubringen.

Die Rüstungsindustrie ist gewillt, mit ihren Geldern aus der Wirtschaft solche militärisch orientierten Hochschulprojekte zu finanzieren und zu fördern, etwa auch für innovative Waffensysteme wie neuartige Drohnen. Als Legitimation gilt die mögliche Verwendung solcher Systeme auch für den zivilen Gebrauch z.B. als Transportdrohnen. Voranmarschiert ist die Bundeswehrhochschule in München, wo z.B. Prof. Carlo Masala – bekannt aus wöchentlichen Fernseh-Talkshows – seine Professur für internationale Politik in einen „Lehrstuhl für Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ umetikettiert hat.

Wissenschaftliche Politikberatung durch „neutrale“ Rüstungslobbyisten?

Prof. Carlo Masala gilt als „Experte für bewaffnete Konflikte“ und arbeitete zeitweilig als Forschungsberater am NATO Defense College in Rom und hatte auch Gastprofessuren in den Vereinigten Staaten. Bei der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Stiftung ist er Vorstandsmitglied. Er ist Berater des Deutschen Verteidigungsministeriums als Mitglied der von der Deutschen Rüstungsindustrie gesponserten Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) mit dem ehemaligen Rüstungskonzern-Manager Thomas Enders von Airbus als Präsident.

Bei seinen ständigen Auftritten als „neutraler Rüstungsexperte“ in den Medien wird Prof. Masalas zuvor genannte Verflechtung mit der Rüstungslobby verschwiegen, was ein bezeichnendes Licht auf die öffentlich-rechtlichen Sender wirft, die sich damit in den Dienst der staatlichen Propaganda stellen, statt ihre kritische Rolle als vierte Gewalt im Staate einzunehmen. Ähnliches gilt für den fast täglich im Fernsehen auftretenden Rüstungslobbyisten Dr. Christian Mölling, dem ehemaligen Vize-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) und Leiter des einflussreichen „Zentrums für Sicherheit und Verteidigung“, zu dem an anderer Stelle noch weiteres angemerkt ist.

Kriegsangst versus Kriegslust?

Seit Kriegsbeginn in **2022** schüren auch die Medien die propagandistische Kriegsangst über den angeblich kurz bevorstehenden Angriff Russlands auf die militärisch dreimal so starke NATO bzw. die EU und Deutschland, um die von langer Hand geplante massive Aufrüstungspolitik und die Militarisierung zu rechtfertigen. Die NATO mit ihren 8,7 Mio. Soldaten gibt 1,4 Billionen Euro für Rüstung und Militär aus (und erhält dafür in 2026 den „Westfälischen Friedenspreis“), gegenüber 130 Milliarden € Militärausgaben des Kriegstreibers Russland mit 3,6 Mio. Soldaten. Die atomare Überlegenheit und Drohung des konventionell unterlegenen Russlands führen zu eigenen atomaren Abschreckungs-Plänen in Westeuropa. Werden dadurch die Deutschen unter einem Atomschirm kriegsbereiter?

UN-Generalsekretär Antonio Guterres befürchtet die Ausweitung des Ukraine-Krieges in einen großen Krieg hinein mit dem Risiko eines Atomkrieges. Die Aussicht auf Frieden werde immer geringer, so seine Befürchtung. Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow sah es grundsätzlich ebenso: „Solange es Atomwaffen gibt, bleibt die Gefahr bestehen, dass sie zum Einsatz kommen. Sei es durch Zufall, eine technische Störung oder auch einen bösen menschlichen Willen. Deshalb müssen wir das Ziel, die Atomwaffen zu verbieten und zu vernichten, mit Nachdruck weiterverfolgen. Das ist unsere Pflicht.“ Vielleicht sollten die Christdemokraten in Deutschland auf ihren Papst Leo XIV. hören, der im Oktober 2025 sagte: „Es ist genug mit den Kriegen, mit ihren leidvollen Häufungen von Toten, Zerstörungen und Vertriebenen.“

„Militärische Gewalt als legitimes Mittel der Politik“?

Vizekanzler Klingbeil hatte als SPD-Vorsitzender in **2022** vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Grundsatzrede hingegen erklärt: „Auch militärische Gewalt ist als legitimes Mittel der Politik zu sehen“. (Ganz im Sinne des preußischen Generalmajors von Clausewitz: „Der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“). Das versteht Klingbeil also unter Friedenspolitik, anders als Friedensnobelpreisträger und Abrüstungspolitiker Willy Brandt, der den Krieg als „ultima irratio“ verstand. Eine politische Zeitenwende auch bei den schrumpfenden Sozialdemokraten? Bei der heutigen Politiker-Generation ist die Unfähigkeit weit verbreitet, sich vorzustellen, was ein Krieg mit Russland oder gar ein Weltkrieg oder Atomkrieg bedeuten würde.

Das war auch die artikulierte Sorge von Altbundeskanzler Helmut Schmidt als leidgeprüfter Kriegsteilnehmer im 2. Weltkrieg. Vielleicht sollten die heutigen Genossen auf den

verstorbenen Michail Gorbatschow hören. Er richtete seine deutliche Kritik an die heute politisch Verantwortlichen, die dem alten Denken verhaftet sind: „Politiker, die meinen, Probleme und Streitigkeiten könnten durch Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden – und sei es auch nur als letztes Mittel – sollten von der Gesellschaft abgelehnt werden, sie sollten die politische Bühne räumen.“ Denn „Sieger ist nicht, wer Schlachten in einem Krieg gewinnt, sondern wer Frieden stiftet“.

„Unsere globalen Probleme können nicht durch Krieg gelöst werden“

Für Gorbatschow stand fest: Wir haben es mit einer Krise der politischen Führung zu tun. International wie auch national. „Keines der globalen Probleme, denen wir gegenüberstehen, kann durch Krieg geklärt werden. In einer modernen Welt muss Krieg verboten werden.“. Schon John F. Kennedy wusste: „Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“ Denn unser Zeitalter kann sich den Krieg nicht mehr leisten, ohne sich selber auszutilgen.

„Die Idee des Friedens ist unsterblich“ (Heinrich Mann in „Der lebende Tote“). Schon Albert Einstein rief deshalb dazu auf: „Seien wir einfach für den Frieden. Diffamieren wir alle Regierungen, die den Krieg nicht diffamieren.“ Der Liedermacher Konstantin Wecker brachte es auf den Punkt: „Eine Gesellschaft, die Waffengewalt als selbstverständlich zur Erlangung des Friedens akzeptiert, ist dringend therapiebedürftig.“ Der Therapiebedarf im massiv aufrüstenden Deutschland ist groß, dessen kriegsgeschädigte Menschen einstmals riefen: „Nie wieder Krieg!“

Supermacht Deutschland: Stärkste Armee und höchste Militärausgaben in der EU

Inzwischen hat Deutschland nach USA, China und Russland die höchsten Militärausgaben mit 88,5 Mrd. € in 2024. Damit hat Deutschland den höchsten Militärhaushalt aller europäischen NATO-Länder, den es bis 2029 noch wesentlich steigern will auf fast 153 Mrd. €, das ist fast eine Verdoppelung. Deutschland gehört zu den fünf größten Rüstungsexporturen der Welt mit dem Höchststand von Rüstungsexporten für 8,1 Mrd. € in 2024, auch in Kriegs- und Krisenländer und Diktaturen.

Derzeit hat die Bundeswehr 215.000 Soldaten einschl. Reservisten in 2025, die bis **2035** auf eine Truppenstärke von 260.000 aktiven Soldaten erhöht werden soll zuzüglich 200.000 Reservisten als Zielgröße, so dass nach Einführung der Wehrpflicht über 460.000 Soldaten bereitstehen sollen, also eine Verdoppelung gegenüber heute. Laut Bundeskanzler Merz soll die Bundeswehr zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ werden.

„Deutschland soll mehr militärische Verantwortung weltweit übernehmen“

Denn Deutschland soll „mehr militärische Verantwortung in der Welt übernehmen“, da sich die USA als Ordnungsmacht aus vielen Regionen der Welt zurückziehen werde. Dazu hatte bereits zu Beginn des Jahres **2014** der damalige Bundespräsident Joachim Gauck Deutschland ermahnt, und zwar vor der Weltöffentlichkeit auf der von der Rüstungsindustrie gesponserten „Münchener Sicherheitskonferenz“.

Die Begründung: Europa bleibt auf lange Sicht auf Rohstoffe aus anderen Regionen

angewiesen. Es muss also aus eigenem wirtschaftlichem Interesse dort selbst für Zugang, Ordnung und Frieden sorgen zur Sicherung der Rohstoffe und Handelswege, notfalls auch militärisch – und als mächtigster EU-Staat sieht sich da fortan besonders Deutschland in der Pflicht.

Fundamentaler außen- und sicherheitspolitischer Wandel

Das verlangt einen fundamentalen außen- und sicherheitspolitischen Wandel, zu dem schon die damalige Große Koalition unter Kanzlerin Merkel bereit war, wie eingangs erwähnt. Die in der deutschen Bevölkerung umstrittene Rede Gaucks wurde seinerzeit flankiert von Reden der damals neuen Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und dem abermaligen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Sie waren sich darin einig, dass auch in den Konfliktzonen im Nahen Osten, wo zu dem Zeitpunkt bereits 5.000 deutsche Soldaten eingesetzt waren, deutsche und europäische Interessen zu vertreten seien. (Und dorthin, wo das Grundgesetz direkte Bundeswehr-Kampfeinsätze verbietet, lieferte Deutschland zunehmend Ausrüstung und Ausbilder). Dagegen haben zugleich weite Teile der Deutschen gänzlich ablehnend auf Einmischung in die auswärtigen Konflikte reagiert. Doch die veränderte Militärpolitik Deutschlands und Europas begann schon viele Jahre früher, unbemerkt von der kritischen Öffentlichkeit.

Kampfsoldaten der EU als „schnelle Einsatztruppen“

Die gemeinsam veränderte Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU mitsamt Aufrüstungsplänen begann schon **1999** nach dem EU-Gipfel von Helsinki mit der Aufstellung einer 60.000 Mann starken „schnellen Einsatztruppe“ und deren militärische Ausrüstung: Europa als Kampfgemeinschaft. Als Speerspitzen wurden Dutzende „Battlegroups“ für die weltweite Einsatzfähigkeit ab **2007 bis 2012** eingerichtet, wobei Deutschland die größten Kontingente mit den meisten Führungspositionen stellt. Innerhalb einer Woche sollen bei Bedarf die Kampfsoldaten an jeden Ort der Welt geschickt werden können. Später bekam die EU (vertragswidrig) einen eigenen Militäretat von anfangs 5 Mrd. € mit in Aussicht gestellter Aufstockung.

„In Brüssel und vielen europäischen Hauptstädten herrscht Panik, weil man zum einen sieht, dass das Zeitalter der westlichen Hegemonie zu Ende geht und sich immer mehr Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika, von deren Ausbeutung der Westen lange gelebt hat, von unseren Regierungen abwenden, dass sie nicht mehr so erpressbar sind wie einst. (...) In dieser Lage suchen die dominierenden politischen Kräfte in der EU ihr Heil in einer schrankenlosen, in der Tat panischen Aufrüstung, um ihre Position aufrechtzuerhalten, ohne sich jedoch von der Unterwürfigkeit gegenüber den USA zu lösen“. (Zitat Fabian Scheidler).

Aufrüstungsverpflichtung und Aufrüstungsfond für alle EU-Staaten

Inzwischen hat die EU einen „Aufrüstungsfond“ eingerichtet in Höhe von 150 Mrd. €, um ihre Mitgliedsstaaten und europäische Unternehmen bei den Aufrüstungsvorhaben mit günstigen Krediten zu unterstützen, wovon 19 Staaten schon Gebrauch gemacht haben. Für 2025 verkündete die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas stolz, dass die Verteidigungsausgaben der 27

EU-Staaten insgesamt auf 381 Mrd. € gesteigert werden, davon 130 Mrd. € in Investitionen für neue Waffen.

"Die NATO-Staaten stocken ihre Lager auf und modernisieren ihre Militärgüter. Sie sind entschlossen, viel mehr in ihre Armeen zu investieren als früher, und der Bedarf an Rüstungsgütern werde noch lange groß sein", sagte der Konzernchef von Rheinmetall, Armin Papperger, im November 2025 als Profiteur der Aufrüstungsspirale. Treiber sei hierbei Deutschland, dessen Verteidigungshaushalt sich von 2025 bis 2030 voraussichtlich auf etwa 180 Mrd. € verdreifachen werde. Deshalb würde ein möglicher Friedensschluss oder ein Einfrieren des Konfliktes in der Ukraine dem wirtschaftlichen Aufschwung von Rheinmetall keinen Abbruch tun, fügte der Konzernchef von Rheinmetall hinzu. Also nicht erst der Ukraine-Krieg hat die Aufrüstung in Deutschland und Europa bewirkt, die schon viel früher geplant war.

Schon im Lissabonner EU-Grundlagenvertrag (als EU-Verfassungsersatz) von **2008** ist die Aufrüstung (statt Abrüstung) aller EU-Mitgliedsstaaten zum bindenden Verfassungsziel erhoben worden. Über die Aufrüstungsverpflichtungen der Mitgliedsstaaten wacht eine europäische „Rüstungsagentur“, die später in „Verteidigungsagentur“ umbenannt wurde (European Defence Agency EDA). Sie ist dem Rat der EU angegliedert, wird aus nationalen Haushaltsmitteln finanziert und ist mit einem eigenen Militärhaushalt für Sofortfinanzierungen ausgestattet. Deren damaliger Leiter Alexander Weis (ehemaliger Abteilungsleiter für Rüstung im deutschen Verteidigungsministerium) hatte das Jahr 2008 als „Europas Jahr der Rüstung“ angekündigt.

Weltweite Bundeswehreinsätze zur militärischen Intervention

Die Einsätze der Bundeswehr sollten sich schon **seit 2003** nicht mehr geografisch eingrenzen lassen, wie es der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) vorgab, damit Deutschland „seine Interessen und seinen internationalen Einfluss wahren kann“ – so auch am Hindukusch. Unter der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die **2018** als NATO-Generalsekretärin im Gespräch war, wurde **2016** ein neues „Weißbuch der Bundeswehr“ veröffentlicht, welches die veränderte Ausrichtung der Rüstungs- und Militärpolitik enthielt. Demnach sollte Deutschland „mehr Führungsverantwortung“ in der Welt übernehmen und den ungehinderten Zugang von Handelswegen notfalls auch militärisch sichern.

Fernziel sei eine europäische Verteidigungsunion mit einem militärischen EU-Hauptquartier. Denn in der EU bestand Konsens, die europäische Militärpolitik mit interventionistischen Einsätzen weltweit auszuweiten. Im Rahmen der NATO sollten militärische Interventionen auch zur Sicherung von Energie, insbesondere von Öl- und Gasressourcen in Afrika, Asien und Nahost erfolgen.

Das Drehbuch für die militärische „Zeitenwende“ wurde 2004 geschrieben

Schon in **2004**, also 10 Jahre vor dem beginnenden Donbass-Konflikt als eine Art "Bruderkrieg" zwischen Russland und der Ukraine (der vom Westen als "Kampf für die Freiheit Europas" aufgewertet und umgedeutet wurde), war für den Paradigmenwechsel der europäischen und deutschen Militärpolitik das Drehbuch verfasst worden, mit dem Augenmerk auf militärische

und machtpolitische Fragen. Und zwar in der „European Defence Strategy (EDS)“ der Bertelsmann-Stiftung für die EU, ausgearbeitet von der Venusberg-Gruppe, an der sich auch die deutsche Rüstungs- und Militärpolitik mit der von Bundeskanzler Scholz propagierten „Zeitenwende“ sowie die Rüstungspolitik der jetzigen Bundesregierung mit ihrem militärischen „Sondervermögen“ seither konsequent ausrichtet, wie noch näher ausgeführt.

Die deutsche Bertelsmann-Stiftung mit ihren Netzwerken als einflussreicher Fürsprecher einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zugunsten des Aufbaus einer militärischen „Supermacht“ Europa empfahl in ihrem EU-Strategiepapier Europas Aufrüstung (auch als Nuklearmacht im Kampf um globalen Einfluss). Mit ihrer sicherheitspolitischen Agenda betrieb sie erfolgreiche Lobbyarbeit für die Militärmacht Europa. Die EU soll innerhalb der globalen Wirtschafts- und Machtblöcke mit einer EU-Armee und einem eigenen Außenminister sowie gemeinsamen Geheimdiensten seine geostrategischen Interessen wahrnehmen, sich als Weltmacht definieren und zum globalen Militärakteur entwickeln, der bei Bedarf jeden Punkt der Welt kontrollieren kann.

Entwicklung der EU zur Militärunion auf Rat von Bertelsmann und DGAP

Die bis dahin zivile EU (als Friedensnobelpreisträger 2012) beschritt nun den Weg als „Militärunion“, zusätzlich zur NATO und den nationalen Militärpotenzialen, obwohl durch die EU-Verträge nicht abgedeckt. Die Frage zur Zukunft Europas wurde primär mit der angestrebten Augenhöhe mit den USA beim politischen und vor allem militärischen Einfluss in der Welt beantwortet. In ihrem Szenario der Supermacht Europa rät die Bertelsmann-Stiftung zum Abschied von der Idee einer Zivilmacht zur uneingeschränkten Hinwendung zu den Mitteln internationaler Machtpolitik einschließlich Kriegseinsätzen mit Offensivcharakter, zum Beispiel zur Ressourcen- und Rohstoffsicherung für Europa - ohne diese als humanitäre Hilfsmaßnahmen zur Einhaltung von Menschenrechten oder als „Friedensmissionen“ länger zu kaschieren.

Daran die Bevölkerung Europas zu gewöhnen, wolle Bertelsmann publizistisch beitragen, zusammen mit ihrer „Venusberg-Group“ und der personell mit Bertelsmann verflochtenen „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP), die vom Auswärtigen Amt und von der Industrie finanziert wird. In dieser besonders einflussreichen Organisation der Rüstungslobby tauschen sich Militärs und Geheimdienstler mit hochkarätigen Politikern, Journalisten und Wissenschaftlern aus, wie man die Militarisierung der EU-Außenpolitik und gemeinsame Rüstungsprojekte voranbringen kann.

Neben der NATO künftig auch Einsätze von EU-Streitkräften?

Bereits auf dem EU-Gipfel in **2007** wurde nach den Strategie-Empfehlungen von Bertelsmann die Einrichtung eines europäischen Außenkommissars (quasi als EU-Außenminister) beschlossen und im Reformvertrag festgeschrieben. Mit der gleichzeitigen Zuständigkeit auch für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Handelspolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit wurde durch die erweiterten Kompetenzen eine Machtfülle gebündelt, wie sie kein nationaler Minister hat. Mit der Zuständigkeit für Wirtschaft und Militärpolitik in einer Hand wurde dokumentiert, dass künftig auch mit dem Einsatz

europäischer Streitkräfte für Wirtschaftsinteressen zu rechnen ist.

Allerdings war damals noch nicht absehbar, dass sich die EU unter der kritikwürdigen Führung von Ursula von der Leyen - und nach autokratischen und rechtsnationalen Tendenzen in mehreren EU-Staaten mit Auswirkungen im EU-Parlament - zu einem geschwächten und uneinigen oder zerstrittenen Gebilde entwickelt hat, dass obendrein vom Trump-Amerika erpresst wird. Damit sind die eigenen Weltmachtambitionen der EU zumindest wirtschaftlich derzeit nur schwer realisierbar, aber militärisch nach drastischer Erhöhung aller Militärhaushalte und militärischer Emanzipation von den USA bereits vorangeschritten.

Dass die EU-Kommissionspräsidentin mit Hilfe der Rechten im EU-Parlament gewählt und wiedergewählt wurde und bei Abstimmungen auch den Bruch der Brandmauer nutzt, macht die heutige EU als globale Akteurin nicht gerade glaubwürdiger, die obendrein bei der Flüchtlings- und Migrationspolitik die Menschenrechte verletzt, wie die Menschenrechtsorganisationen vorwerfen.

Die EU als politische und militärische Weltmacht?

Die EU soll demnach ihren Status als „wirtschaftliche Weltmacht“ ausbauen und auf allen Kontinenten den ungehemmten Marktzugang für europäische Konzerne erzwingen. Die EU soll nach dem Willen ihrer Führungseliten zur politischen und militärischen Weltmacht aufsteigen, um ihre ökonomischen Interessen mit außenpolitischen wie militärischen Mitteln absichern zu können. Laut diesem Drehbuch für die Spitzenpolitiker müsse die EU zum weltweit einsatzfähigen „Sicherheitsakteur“ werden, der – so das damalige ehrgeizige Zeit-Ziel - bis **2015** alle Militärmissionen eigenständig (auch ohne Nato-Unterstützung) ausführen kann, der über die volle militärische „Eskalationsdominanz“ (inklusive Atomwaffen) verfügt und in der Lage ist, weltweit präventiv zu intervenieren, um Angriffe auf Europa oder europäische Interessen zu verhindern.

Die Bertelsmann-Stiftung arbeitet daran, gesellschaftliche Akzeptanz für weltweite Kriegeinsätze herzustellen. So empfiehlt ein Strategiepapier aus dem Jahr **2005** den politischen Entscheidungsträgern, die EU-BürgerInnen von der Notwendigkeit der Weltmachtrolle zu überzeugen. Mitarbeiter der Bertelsmann-Stiftung und der mit ihr kooperierenden Lobbyorganisation DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) und den darin eingebundenen Politikern nutzen die Medien für ihre außen- und sicherheitspolitische Statements. Sie verbreiten auch Angst vor Terror, dem Aufstieg Chinas und der Knappheit fossiler Energieträger.

Europas „politische Führer“ sollen europäische Bevölkerung überzeugen

Der Tenor: Die Gefahren für den europäischen Wohlstand und das Leben der EU-Bürger können nicht länger allein mit zivilen Mitteln bekämpft werden Und das jüngste Venusberg-Papier setzt hinzu: "Europas politische Führer müssen gemeinsam die europäische Bevölkerung überzeugen, dass es jetzt an der Zeit ist, sich angemessen auf eine sichere Zukunft vorzubereiten, und dass dies Anstrengung, Engagement und Geld kosten wird."

Vom Umbau der EU zur Weltmacht mit Eroberung neuer Märkte verspricht sich die

Bertelsmann AG auch Vorteile für ihr mediales Kerngeschäft. Neben einer nützlichen militärisch flankierten Eroberung neuer Märkte kann vor allem die Bertelsmann-Tochter Arvato Geschäfte erwarten. Als Spezialistin unter anderem für Logistik und IT-Anwendungen aller Art kommt die Bertelsmann-Tochter Arvato sowohl für zivile wie militärische Government Services in Frage. Dafür betreiben Stiftung und Konzern ihre eigene Außenpolitik mit Expertenteams oder hochrangig besetzten Kongressen. Sie speisen ihre Vorstellungen durch eine Flut von Strategiepapieren, Expertisen und Ranking-Instrumenten sowie den engen persönlichen Kontakt zu den politischen Eliten in das politisch-administrative System ein.

„Führende Rolle Deutschlands in der Welt mit militärischer Verantwortung“

Nach den Strategiepapieren der vorgenannten Lobbyorganisationen soll Deutschland dabei eine neue führende Rolle in der Welt mit mehr (militärischer) Verantwortung übernehmen, wie es Ex-Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede auf der 50. Münchener Sicherheitskonferenz **2014** verriet, an der wohl die Rüstungslobby vorbereitend mitgeschrieben hat, und zwar in Person seines Redenschreibers Thomas Kleine-Brockhoff (damaliger Direktor der DGAP/„Gesellschaft für Auswärtige Politik“). Dort hatte Gauck vor aller Welt den Anspruch an eine neue deutsche Außenpolitik formuliert, mit der sich Deutschland auch militärisch weltweit entschiedener einbringen und „seinem Gewicht entsprechend“ reagieren soll. soll, (wie bereits seit **2011** an vielen Krisenschauplätzen in der Welt praktiziert).

Deutschland dürfe sich nicht „wegducken“, sondern solle ein Garant internationaler Sicherheit sein und sich auch militärisch engagieren in den Krisen ferner Weltregionen, auch mit dem Einsatz von Soldaten und sich nicht „hinter dem Schutz der historischen Schuld verstecken“. Mit Stolz blickte er darauf, dass Deutschland seit 1994 ungefähr 240 mal über Auslandseinsätze der Bundeswehr beraten habe. Die Zeit des Misstrauens gegenüber deutscher Staatlichkeit sei vorbei. Deutschland dürfe „seine historischen Ängste nicht als Ausrede nutzen“ und müsse „sein Selbstbild korrigieren. In Pressekommentaren wurde Gaucks umstrittene Rede als „Ärgernis“ empfunden.

Der jüdische Historiker Efraim Zuroff als Leiter des „Simon-Wiesenthal-Centers“ empörte sich schon in **2008** über die geschichtliche Relativierung und Verharmlosung der Nazi-Ideologie durch den „ungeeigneten Bundespräsidenten“ Gauck wegen seiner öffentlichen Äußerungen und der Unterzeichnung der umstrittenen „Prager Erklärung“, die den Holocaust mit kommunistischen Verbrechen gleichsetzte.

Klartext der Deutschen auf den „Münchener Sicherheitskonferenzen“

Die von der Rüstungslobby mitfinanzierten „Münchener Sicherheitskonferenzen“ von **2016 und 2018** hatten also (ohne vorherige Parlamentsdebatten oder öffentlichen Diskurs) bedenkliche Militär- und rüstungspolitische Vorentscheidungen als Paradigmenwechsel politisch unwidersprochen präjudiziert. Die damals nur geschäftsführende Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, flankiert vom damaligen Außenminister Steinmeier und dem Bundespräsidenten Gauck mit seiner erwähnten Rede oder später von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, legte sich in München erneut auf deutsche Auf- und Nachrüstungsverpflichtungen in nie dagewesener Höhe mit haushaltspolitischer Priorität fest.

Diese deutschen und europäischen Bestrebungen und Ambitionen werden also schon **seit 10 Jahren** von deutschen Spitzenpolitikern vor der Weltgemeinschaft öffentlich verkündet, manches auch schon vor der Krim-Annexion, da gab es noch keinen Ukraine-Krieg. In dem zugrunde liegenden Strategiepapier für die EU wird militärischer Klartext geredet, den die Politiker entsprechend übernommen haben, bis hinein in ihre Redetexte und Beschlüsse, schon lange vor der von Kurzzeit-Kanzler Scholz dann offiziell verkündeten militärischen „Zeitenwende“. Die Hochrüstung und US-Raketenstationierung in Deutschland erinnert in ihrer politischen Dramatik an die Zeit der Wiederbewaffnung in den **1950-er Jahren**, der mancher Politiker und Rüstungslobbyist nachtrauert. Damals wie heute sind die westlichen Aufrüstungsvorhaben gegen Moskau gerichtet.

Neue militärische Rolle Deutschlands und Europas

Vor allem Ursula von der Leyen skizzierte auf der Münchener Sicherheitskonferenz schon vor 8 Jahren mit markigen Worten (am Grundgesetz mit dem Gebot der bloßen Landesverteidigung vorbei) eine ganz neue militärische Rolle Deutschlands und Europas. Mit einer europäischen Armee neben der NATO in einer „europäischen Militärunion“, wie kürzlich von der EU-Exekutive (am Bundestag vorbei) beschlossen, will sie die Militarisierung der Europapolitik vorantreiben statt eine neue Abrüstungsinitiative zu starten oder Entspannungspolitik mit dem Osten wiederzubeleben. Stattdessen das Motto der 1950-er Jahre: „Wenn die Russen kommen...“.

Alles läuft seither auf einen neuen „kalten Krieg“ (und absehbar auf einen sich ausbreitenden heißen Krieg?) hinaus, wie schon in der „Sicherheitspolitischen Agenda“ der Bertelsmann-Stiftung im Auftrag der EU vor Jahren entwickelt und empfohlen. Demgemäß der markige Originalton von der Leyen in München: „Deutschland braucht mehr militärisches Gewicht und darf sich nicht hinter seiner Geschichte verstecken, sondern muss akzeptieren, dass unsere Soldatinnen und Soldaten auch tatsächlich eingesetzt werden, um für Sicherheit und Freiheit zu kämpfen.“

Deutsche Interessen erfolgreich am Hindukusch verteidigt?

In der fragwürdigen Rede von Ursula von der Leyens blieb unklar, wozu die Anstrengungen gut sein sollen. Denn Aufrüstung änderte daran nichts mehr, dass die NATO mit Deutschland sowie die USA im Juli **2021** den Taliban in Afghanistan das Feld kampflos überlassen haben, seitdem SPD-Verteidigungsminister Peter Struck unbedingt „deutsche Interessen am Hindukusch“ verteidigen wollte. Doch der dortige Militäreinsatz Deutschlands geschah nach den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses ohne Strategie und erkennbare Ziele, aber mit großem Schaden.

Die schonungslose Bilanz des knapp zwanzig Jahre währenden NATO-Einsatzes mit deutscher Unterstützung lautet: Das westliche Verteidigungsbündnis hinterlässt in Afghanistan nicht Frieden und Stabilität – sondern Chaos. Europäische und amerikanische Staatsbürger sollten schnellstmöglich in Sicherheit gebracht werden, ebenso deren afghanischen Helfer und Unterstützer, so lautete das nur teilweise eingehaltene deutsche Versprechen. Jetzt werden die Helfer von damals abgeschoben oder mit Geld zur Rückkehr veranlasst. Was aus den Afghanen

und Afghaninnen unter den Taliban wird, scheint inzwischen unwichtig. Geht so "Werte geleitete" Außenpolitik?

„Die alte Liebe zum Militär wiederentdeckt“

In **2021** hielt die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen dann als EU-Kommissionspräsidentin kurz nach dem militärischen Debakel von Afghanistan eine weitere Grundsatzrede „zur Lage der Union“, wo sie für mehr Rüstung plädierte und für eine engere Zusammenarbeit von EU und NATO. Gemeinsam mit Frankreichs Staatschef Macron - dem sie ihren Posten als EU-Kommissionspräsidentin verdankt - wollte die CDU-Politikerin die „Europäische Verteidigungsunion“ vorantreiben. Neben einer „schnellen Eingreiftruppe“ und einem eigenen militärischen Lagezentrum brauche die EU vor allem „politischen Willen“, erklärte sie. Die taz kommentierte: „Ursula von der Leyen hat ihre alte Liebe wiederentdeckt: das Militär.“

Ähnlich wie von der Leyen hatte sich zuvor ihre Amtsnachfolgerin im Verteidigungsministerium, Annegret Kramp-Karrenbauer geäußert: Die EU brauche mehr Willen zur Verteidigung und Deutschland müsse aufrüsten. Sie entsandte im August **2021** die deutsche Fregatte „Bayern“ durchs Südchinesische Meer in den Indo-Pazifik und später nach Australien und Ostasien sowie zum Horn von Afrika, „um Seewege zu sichern“ und „Flagge zu zeigen für unsere deutschen Interessen als große Handelsmacht und Exportnation.“

Militärische Sicherung von Handelswegen für die Exportnation Deutschland?

Das Engagement der Bundeswehr im Indopazifik sei angeblich erforderlich, um Chinas Machtstreben einzudämmen, als Reaktion auf die Absicht Chinas, die Rüstungsausgaben um 6,8% in **2012** zu steigern. Daraufhin sollten „unsere deutschen Soldaten“ einen wichtigen Beitrag leisten „zur Sicherung unserer Handelswege“ und im „Kampf gegen Terrorismus“. An diese richtete sie den Appell: „Soldatinnen und Soldaten: Genau das ist Ihr Kurs. (...) Sie sind das Aushängeschild unseres Landes und repräsentieren unsere Interessen der Bundesrepublik. Und stellen dabei die Leistungsfähigkeit unserer Marine unter Beweis.“ (Ob die selbst ernannte militärische Weltmacht Deutschland Eindruck auf die Chinesen gemacht hat?)

Als der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler, die Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen auch mit militärischen Einsätzen als Betätigungsfeld der deutschen Bundeswehr (für wirtschaftliche Interessen quasi als Wirtschaftskriege) erwähnte, gab es einen Sturm der Entrüstung im Lande mit Verweis auf das Grundgesetz, so dass er im Mai **2010** zurücktrat. Jahre später lösen solche Bekenntnisse keine Empörung mehr aus, sondern sind alltäglich akzeptierte politische Bestrebungen, auch wenn sie längst nicht mehr mit dem Grundgesetz und seinem dort verankerten Friedensgebot im Einklang stehen..

Rüstungslobbyisten beeinflussen maßgeblich die außenpolitische Strategie

Auffällig ist bei alledem der treibende Einfluss der deutschen Rüstungslobby auf die außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der deutschen Politik. Insbesondere die mehrfach erwähnte DGAP („Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik“ als Rüstungslobby-Organisation) mit

ihrer zentralen Schlüsselrolle versucht nach eigenem Bekunden, „aktiv die außenpolitische Meinungsbildung auf allen Ebenen zu beeinflussen“ und die drastische Erhöhung der Rüstungsausgaben zu legitimieren, teilweise mit wissenschaftlichem Anspruch. Ziemlich offensichtlich folgten der Kanzler, der Verteidigungsminister und die jeweiligen Außenminister (deren Ministerium die Lobbyorganisation sogar mitfinanziert), aktuell den Vordenkern und Vorgaben der DAGP bei ihrer politisch-militärischen „Zeitenwende“ hin zur „Kriegstüchtigkeit“.

Der bereits erwähnte langjährige deutsche „Chefideologe“ der einflussreichen DGAP, Christian Mölling, wechselte im September 2024 nach Bertelsmann als Direktor im Programm „Europas Zukunft“. Den deutschen Fernsehzuschauern wird er allabendlich wie ein offizieller Regierungssprecher mit Interviews und Statement als Rüstungs- und Sicherheitsexperte“ präsentiert, ohne seine Lobbyfunktion zu offenbaren. Er kann auch die politischen Strategien besser erklären als die gewählten Regierungsmitglieder und Parlamentarier, die seine „kompetenten“ Vorlagen mehr oder weniger laienhaft nachbeten.

Lobbyisten benutzen Politiker für strategische Umsetzung

Die geschickte Einbindung von aktiven und Ex-Politikern in ihre Netzwerke und für ihre Zwecke gelingt den Rüstungslobbyisten immer wieder problemlos. Als deren politische Rüstungslobbyisten betätigen sich vor allem auch ausgeschiedene Bundesminister wie Sigmar Gabriel (zugleich Vorsitzender der Atlantik-Brücke), Ex-Verteidigungsminister Jung und Ex-Entwicklungsminister Niebel (Rheinmetall) sowie aktuell der ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marcus Faber als Vizepräsident „Political Affairs“ beim Waffenbaukonzern Elbit, und natürlich die FDP-Verteidigungspolitikern Agnes-Starc-Zimmermann als Mitglied in mehreren Rüstungslobby-Organisationen. Sie alle trugen mit dazu bei, dass der größte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall seinen Umsatz binnen 6 Jahren verfünffachen konnte auf 5 Mrd. € und selbst nach Kriegsende weiter produzieren kann wegen der Verdreifachung des Deutschen Verteidigungshaushaltes bis 2023 auf 180 Mio. €.

Hoch angesehen ist auch der ehemalige Diplomat und spätere Rüstungslobbyist des Hensoldt-Konzerns, Ischinger, der auch durch die Talkshows gereicht wird als langjähriger Vorsitzender der von Rüstungskonzernen gesponserten privaten „Münchener Sicherheitskonferenzen“. *(Hierzu hat der Verfasser dieser Zeilen mehrere Dokumentationen veröffentlicht, siehe die unten angegebenen Links).* Das Zusammenspiel der Lobby-Netzwerke und auch die dubiose Rolle der „Atlantik-Brücke“, in der alle namhaften Politiker und Journalisten nebst Vertretern der Finanz- und Rüstungsindustrie und des Militärs eingebunden sind, bedürfte einen eigenen umfassenden Artikel und ist vom Autor dieser Zeilen in verschiedenen Zusammenhängen ausführlicher dargestellt und belegt worden.

Wie sich die wehrpflichtige Jugend gegen den Militarismus wehren kann

In diesen Kriegs- und Krisenzeiten wäre es dringend geboten, die Logik des Krieges zu durchbrechen und in Alternativen zu denken sowie den Friedensgedanken wieder zu beleben. Statt den Krieg zu gewinnen sollten wir den Frieden gewinnen und die Jugend dafür statt fürs Militärische zu begeistern. Unter dem Motto „Mich kriegt ihr nicht!“ und „Nein zum Krieg!“

werdend im Internet Anleitungen „zur kostenlosen Erstellung einer Kriegsdienstverweigerung“ dargeboten, insbesondere auch Hilfestellungen durch die deutsche Friedensgesellschaft. Die "Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)" bietet umfassende Hilfestellung zur Kriegsdienstverweigerung, die von der Antragstellung bis zur rechtlichen Beratung reicht. Auf ihrer Website verweigern.info kann man mit einem Fragebogen herausfinden, welche Möglichkeiten es gibt, und dort finden sich auch Kontaktdaten für persönliche Beratung.

Der Vorsitzender der Linkspartei Jan van Aken, will auch seine Partei zur Anlaufstelle für Wehrdienstverweigerer machen. Er kündigte zusammen mit der Co-Vorsitzenden Ines Schwerdtner die Herausgabe eines Ratgebers an, "wie man sich am besten vor dem Militärdienst drückt". Er sagte: "Es gibt viele Erfahrungen, die wir gerne mit der Jugend teilen, die einfach keinen Bock hat, sich in eine Uniform pressen zu lassen." Das Wehrdienstmodell der schwarz-roten Bundesregierung sei eine "Militarisierung durch die Hintertür." Auch von eher rechter Seite werden Jugendliche zur Eigeninitiative ermutigt: „Mut ist nicht, zu kämpfen. Mut ist, den Krieg aus Gewissensgründen zu verweigern. Krieg werden von Mächtigen geplant, die ihre Macht ausweiten wollen, von Dummköpfen ausgeführt, und von Unschuldigen mit dem Leben bezahlt. Sei klug und werde nicht zum Spielball. Schütze dein Leben und deine Psyche. Du kannst Dich völlig frei entscheiden! Nutze Dein Recht!“ Zur Verfügung gestellt werden juristisch geprüfte Schreiben an das zuständige „Karriere-Center“ der Bundeswehr, die unabhängig vom Verteidigungsfall eingereicht werden können.

Mit „Friedensbotschaftern“ zum Bewusstseinswandel

„Werde Friedensbotschafter und erwecke Bewusstsein“, so lautet die dortige Aufforderung an die jugendlichen Leser, „weil die Wehrkraft wieder vor der Tür steht. Weil Du nicht warten willst, bist deine Kinder eingezogen werden. Weil ziviler Widerstand mit friedlichen Mitteln beginnt. Weil jeder Flyer ein Hoffnungsschimmer sein kann.“ Jeder kann in 5.000 Haushalten mit kostenlos zur Verfügung gestellten Flyern ein Zeichen setzen. (In der NS-Zeit wäre eine solche Aktion als Straftatbestand der „Wehrkraftzersetzung“ wohl mit dem Tode bestraft worden. Erst **2002** sind diese nationalsozialistischen Gesetze außer Kraft gesetzt worden, so dass es keinen vergleichbaren Straftatbestand mehr gibt, wohl aber den § 89 des Strafgesetzbuches zur „verfassungsfeindlichen Einwirkung auf die Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane“, mit einem Strafmaß von bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe).

Schulstreik gegen die Wehrpflicht

Am 05. Dezember 2025 ist in mehreren deutschen Städten ein bundesweiter Schulstreik gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht geplant, als Teil eines vom Bündnis der Friedensbewegung initiierten Aktionstages. In zahlreichen Orten, darunter Berlin, Bochum, Dortmund, Bielefeld, Essen, Göttingen, Hannover, Kassel, Köln, Münster, München, Potsdam und Trier laufen bereits konkrete Vorbereitungen. Die umfassende Militarisierung in allen Politikbereichen braucht auch nach Auffassung kritischer Gewerkschafter endlich entschiedenen Widerstand. Mit der Kraft der (auch historischen) Aufklärung, mit der Empathie mit den Opfern auf beiden Seiten und mit der Initiativkraft der sozialen Bewegungen könnte eine verstärkte Friedensbewegung wiederbelebt werden, denn Krieg bedeutet

Entmenschlichung.

Wilhelm Neurohr, 16. November (Volkstrauertag im Gedenken an die Kriegsoffer)